

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Bezugskurs monatlich 80 Bfg. Durch die Post im Nachbarortsbereich 2,15 M., in Württemberg 2,21 M. vierteljährlich, dazu Postgebühr 30 Bfg.

Anzeigen 18 Bfg., von auswärts 15 Bfg. die Garmandelle oder deren Raum. Notlage 26 Bfg. die Zeitspalte.

Bei Inseraten, wo Rückkunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bfg.



Nr. 41

Montag, den 17. Februar 1919

86. Jahrgang.

Deutsche Nationalversammlung. Graf Brockdorff über die auswärtige Politik

Wilmars, 14. Febr.

Vizepräsident Haußmann eröffnet die Sitzung um 2.24 Uhr. Zunächst fand die

Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung statt. Von den 334 abgegebenen Stimmen entfielen 295 auf den Zentrumskandidaten Feilerbach, 32 Stimmen waren ungültig, 7 zurückgezogen. Feilerbach erklärte, er nehme die Wahl an er werde bestrebt sein, mit strenger sachlicher Unparteilichkeit seines Amtes zu walten, aber auch die Ordnung und die Würde des Hauses wahren.

Sodann fand die Wahl des Vizepräsidenten statt. Bei dieser erhielt von 283 abgegebenen gültigen Stimmen der Abg. Schulz-Wechsungen (Soz.) 279 Stimmen, 4 Stimmen waren zurückgezogen, 34 Zettel waren ungültig, darunter 33 weiße. Schulz nahm die Wahl an. Darauf folgt das Haus die

Besprechung der Reichserklärung

fort. Reichsminister des Auswärtigen Graf v. Brockdorff. Rangau: Ich kann die Aufgaben der deutschen Außenpolitik in zwei Gruppen zusammenfassen: Die Befestigung des Kriegszustands und die Herstellung normaler Verhältnisse zu der Völkergemeinschaft. Leider hat Deutschlands freiwillige Entlassung die Feinde nicht milder gestimmt. Neuerdings haben sie den Versuch gemacht, auf dem Wege des Waffenstillstandsvertrags Fragen zu regeln, die unangenehm für den Gegenstand des Friedensschlusses gehören. Ich habe diesen Versuch zurückgewiesen und werde auch künftig solche Versuche zurückweisen.

Wie sind im Begriffe, die ganze bisherige Streitmacht aufzulösen und unser altes Friedensheer, das wir im Osten gut gebrauchen können, durch eine republikanische Truppe zu ersetzen. Deutschland hat die Folgen seiner Niederlage auf sich genommen und ist entschlossen, die Bedingungen zu halten, die es mit dem Gegner vereinbart hat. Diese Bedingungen bedeuten eine völlige Abkehr von dem politischen Ziele des früheren Deutschlands.

Zur Beschränkung unserer Souveränität, zur bindenden Unterwerfung unserer Differenzen mit anderen Staaten unter eine andere Schiedsgerichtsbarkeit, und zum Verzicht auf eine Rüstung sind wir bereit, wenn unsere bisherigen Gegner und unsere künftigen Nachbarn sich der gleichen Beschränkungen unterwerfen. Wir erkennen an, daß die Stellung, die Deutschland auf dem Haager Friedenskongress in diesen beiden grundlegenden Fragen eingenommen hat, eine historische Schuld in sich schließt, für die unser ganzes Volk einstehen muß. Dieses Bekenntnis schließt aber keineswegs ein Bestehen ein, daß Deutschland im Sinne der feindlichen Behauptungen allein den Weltkrieg verschuldet habe. Wir halten deshalb in den Wilsonschen Grundfragen fest, daß dem Sieger keine Kriegskosten zu bezahlen und kein Gebiet der besiegten abzutreten sind. Wenn wir in den von uns bezeugten Gebieten das Zerstückeln wieder aufbauen, so wollen wir das durch unsere freie Arbeit tun. Wir verwahren uns dagegen

durch unsere Kriegsgefangenen als Sklaven jener Arbeit verrichten zu lassen.

Aus der Tatsache, daß unsere Gegner den Sieg zu einem überwiegend großen Teil nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Kriegführung verdanken, geht hervor, daß der Friede nicht nur ein politischer, sondern ein wirtschaftlicher sein muß. Wir dürfen aber annehmen, daß die Beschlüsse der Pariser Versammlung, soweit sie von 1918 fallen gelassen wurden. Eine auch nur zehnjährige Ausrüstung Deutschlands, die aus dem Gebiete des Handels und des Verkehrs wäre für uns unannehmbar. Allerdings müßten auch wir in der Handelspolitik umlernen. Deshalb ist mein Plan, erfahrene Praktiker mehr als bisher in den auswärtigen Dienst einzustellen. Die Freiheit des Handels setzt Freiheit der Meere voraus. Wollte man Deutschland möglichen, ohne Handelsstöße dem Völkerbund beizutreten, so bräute das eine gewaltige Umkehrung seiner wirtschaftlichen Entwicklung, die eine stete Verdrängung des allgemeinen Friedens bedeuten würde. Ebensowenig kann Deutschland ohne Kolonien in den Völkerbund einreten. Wir stimmen dem Gedanken einer internationalen Kontrolle über die Tropenkolonien unter der Voraussetzung zu, daß alle Kolonialmächte sich ihr unterwerfen, und daß Deutschland an der Verwaltung und den Ergebnissen der Kolonien einen angemessenen Anteil erhält.

Auf der anderen Seite müssen wir gefaßt sein, von dem eigentlichen Reichsgebiet wertvolle Teile zu verlieren. Das gilt vor allem von Elb-Lothringen. Dem Recht der gegenwärtigen Bevölkerung Elb-Lothringens wird Gewalt angetan, wenn jetzt die französische Besatzungsmacht das Land wie ein endgültig erobertes betrachtet und alle Elemente vertreibt oder gefangen setzt, in denen sie ein Hindernis gegen ihre imperialistischen Pläne sieht, und wenn sie den natürlichen Anspruch eines Volkes auf seine Sprache durch gewaltsame Verwischung anstreift. (Lebte die allseitige Zustimmung.) Von der Tatsache, daß die Friedenskonferenz noch nicht ihr Siegel unter Elb-Lothringens Schirmel gedrückt hat, leiten wir die Befugnis her, für die elb-Lothringischen Rechte einzutreten, daß ihre Stimme bei der Entscheidung über ihr Schicksal gehört wird. Der französische Plan, das preussische Saargebiet oder die bayerische Pfalz an Elb-Lothringens anzuschließen, bedeutet eine imperialistische Vergewaltigung, die genau so hart verurteilt werden muß wie früher die Wüsten deutscher Chauvinisten auf das Becken von Kungwa und Orien.

Was die Pläne der Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik und die „Los-von-Berlin“-Bewegung betrifft, so mag die Wiederherstellung der Mainlinie für den Augenblick vielleicht Vorteil versprechen, auf die Dauer wird eine solche Trennung nur Sicherheit zum Untergang staatlicher und wirtschaftlicher Selbstständigkeit der getrennten Gebiete führen.

Ein einiges Reich ist Deutschlands natürliche Lebensform.

Wenn wir mit unseren österrösischen Brüdern uns jetzt wieder zusammenschließen, so wissen wir, daß wir nur eine Korrektur an einem Fehler der Reichsgründung vornehmen, der die Friedenskonferenz die Anerkennung gewiß nicht verweigern wird. Ueber die wirtschaftlichen Bedürfnisse des tschechisch-slowakischen Staats wird ruhig verhandelt werden können. Das Recht der Nationalität wollen wir aber auch da geteilt

machen, wo es sich gegen unsere Machtstellung wendet. Dies gilt vor allem für das Volk der Polen. Leider können wir voraussehen, daß wir im polnischen Staat keinen bequemen Nachbarn haben werden. Es wird unser Bestreben sein, durch sorgfältige Trägerei für die gemeinsamen Interessen und die gegenseitige Schonung der nationalen Eigenart einen Ausgleich zu finden. Dazu gehört vor allem die Anerkennung des polnischen Rechts auf geschützten Verkehr mit der Ostsee. Das Problem kann durch vertragmäßige Regelung der Weichsel-Schiffahrt und durch Eisenbahn- und Hafenkonzessionen gelöst werden, ohne daß die Reichshoheit und unveräußerliche westpreussische Gebiete angetastet werden brauchen.

Was den Deutsch-Polen recht ist, ist den Deutsch-Dänen billig.

Nach dem Weltkrieg der Volksmassen muß die Frage der sozialen Befreiung der Arbeiterschaft

international werden. Es würde zum Nachteil sozial gewissenhafter und fortschrittlicher Nationen ausfallen, wenn es den Ausbeutern menschlicher Arbeitskraft freistünde, den ungerechten Vorteilen ihrer niedrigen Produktionskosten zur Ausschaltung ihrer Mitbewerber auszunutzen. Der Gedanke sozialer Befreiung ist nirgends mehr zu Hause als in Deutschland. Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich bei den Vorschlägen über die Friedensbedingungen über Arbeiter- und Arbeiterschutz, Arbeitervereinigungen, wesentlich auf den Boden der Beschlüsse der bekannten Konferenz in Leeds und Bern zu stellen.

Vom kommenden Frieden erwarten wir, daß er der Welt in dem von Wilson verkündeten

Völkerbund

eine feste Organisation schafft. Deutschland ist entschlossen, an der Ausgestaltung des Bundes mitzuarbeiten. Das Völkerrecht müssen wir durch Beweise aufrichtiger Feindschaft überwinden. Ein solcher Beweis wird zunächst in unserer entschlossenen Abkehr von jeder Rüstungspolitik liegen. Von mir werden Sie nur eine solche Führung der Reichsgeschäfte erwarten dürfen, die nicht alle Augenblicke ans Schwert schlägt, um ihre Absichten durchzusetzen. Mit der äußeren Abstützung muß die geistige Abstützung Hand in Hand gehen. Alle Differenzen rechtlichen Charakters müssen wir, wenn sie diplomatisch nicht zu schlichten sind, dem Urteil eines Schiedsgerichts unterbreiten. Der Völkerbund bedarf auch gewisser Zwangsmittel, um seine Beschlüsse zu vollziehen. In einen Völkerbund aber, bei dem wir ausschließlich Gegenstand der Volkshoheit sein würden, werden wir nicht einreten können.

Die russische Räterepublik hat dem Verband nicht mit ihm in Verhandlungen auf der Grundlage einzulassen zu wollen, daß sie die bolschewistische Propaganda der besten Völker einstellt, dafür aber die politischen Verhältnisse Russlands ohne fremde Einmischung bleiben. Was Deutschland anlangt, so sehe ich kein Bedenken, auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Russland anzustreben. Nur die eine Bedingung wäre zu stellen, daß auch Russland das Selbstbestimmungsrecht der Völker annimmt.

Der Völkerbund würde unvollständig bleiben, wenn nicht auch die Neutralsen zugelassen würden. Ich denke die Gelegenheit, einen Teil der Dankeschuld an die Neutralsen, die auf

Ein Deutscher

Von Otto Rupperts.

Wie in halber Høgerung waren die Worte gesprochen dennoch klang etwas so ermutigendes darin zu Reichardts Seele und der deutsche Laut schlug so verwandt an sein Ohr, daß es ihm wurde, als löse sich eine beengende Fessel von ihm; unwillkürlich mußte er den Blick nach der Redenden wenden und begegnete einem Auge, das wie in schauer Prüfung zu ihm aufschah.

„Sie sind so unendlich freundlich gegen mich, Miß Frost, daß ich kaum weiß, wie ich Ihnen danken soll!“ erwiderte er in Anem Tone, der seinen Worten jede Phrasen nahm, und wie in leichter Verwunderung blickte sie von neuem auf.

„Was tue ich denn besonderes?“ fragte sie, „aber Sie sind anders, Mr. Reichardt, als ich Sie nach unserem ersten Zusammentreffen in Saratoga mit vorstellte; anders sogar, als ich Sie durch Harriet habe kennen lernen, und ich hatte mich wirklich auf den heutigen Abend geireut.“ Sie hielt plötzlich inne, als habe sie zu viel gesprochen, und ein leichtes Rot trat in ihr Gesicht; Reichardt aber hätte den seinen Arm, der auf dem seinen lag, fest an sich drücken mögen; es erschien ihm wie eine wahre Seeligkeit, der er nicht zu widerstehen vermochte, allen Zwang, den er sich angetan, vor sich zu werfen, sich dem vollen Rauber, der auf ihn einwirkte, hinzugeben und dann kommen zu lassen, was da kommen möge. „O, wissen Sie nicht, Miß Margaret,“ erwiderte er, und es war ihm, als spränge ein ganzer Strom von Lust in ihm auf, „wie wenig der Mensch und sein Stimmungen von ihm selbst abhängen, wie zehnerlei böse, eifriger, als da sind Rücksicht und Konvenienz, Unterschied in Stellung und Lebenslage, und wie sie sonst noch helfen mögen, ihm die glücklichsten Stunden zu verhüten können?“ So lange der Mensch nichts zu verlieren hat, kammert er sich kaum darum und sagt led hin, wo

er ein Glück zu sehen vermeint; kaum daß er aber etwas erobert hat, muß er auch fühlen, welcher Unterschied ihn von Glücklicheren trennt, und muß den bösen Geistern ihren Zoll zahlen. Nicht wahr, Sie meinen, jetzt schwahe ich viel Unsin? Aber lassen Sie es, Miß Frost, Sie sollen mich heute ganz so haben, wie Sie mich vielleicht erwarten haben mögen!“

Sie war mit sichtlich Aufmerksamkeit seinen Worten gefolgt. „Aber was haben denn Ihre bösen Geister mit unserem heutigen Abende zu tun?“ fragte sie, das große Auge wie in neuem Forchten auf sein Gesicht heftend, „sind wir denn, wie wir hier beisammen sind, nicht völlig außerhalb ihrer Kreise?“

„Meinen Sie, Miß?“ erwiderte er, und es wurde ihm, als müsse sich jetzt sein Herz weit öffnen und alles, was es zum Uebermaße gefüllt, in ihr Ohr austreten. „Dort geht Ihr Tänzer,“ fuhr er fort und strebte vergebens, seine Stimme frei von seiner inneren Bewegung zu halten; „was würden Sie sagen, wenn ich Ihnen das zustüßern wollte, was ihm wohl seine Stellung erlaubt; wenn ich keine andere Rücksicht kenne, als die Regungen in mir, denen ich gleichberechtigt mit jedem andern folgen dürfte — wäre es nicht halber Wahnsinn, Miß Margaret? Meinen Sie nicht, daß die bösen Geister auch hier tätig sein können? Aber lassen Sie nur, Miß,“ fuhr er lebhafter fort, als ein leichtes Jucken ihres Armes ihn wie ein elektrischer Funke berührte, „Sie werden niemals von ihnen berührt werden, und ich hätte ja nicht ein Wort davon gesprochen, wenn ich nicht willenlos Ihrer Aufforderung gefolgt wäre!“

Schweigend gingen beide weiter, bis er den Blick nach ihr zu wenden wagte. Sie hatte den Kopf halb gesenkt, und er sah nur einen Teil ihres feinen, bleichen Gesicht. „Aber Sie sind mir nicht böse, Miß Frost?“ fragte er zögernd.

„Sie sah langsam, einen eigentümlichen Ernst in ihren Zügen, auf. „Warum soll ich Ihnen böse sein?“ fragte sie halblaut; ihr Auge aber schen tiefer und

dunkler zu werden, ein leichtes Beben machte sich darin bemerkbar, als sie sprach; doch wie zurückgekehrt von dem Ausdruck in Reichardts Blicke, suchte es wieder ley Boden.

„Das Essen wartet, Ladies und Gentlemen, und Sie erlauben mir, mich als Feldmarschall an Ihre Spitze zu stellen!“ wurde in diesem Augenblicke Johns Stimme laut, „vorwärts, Reichardt, mir gleich nach,“ und lachend formierte sich hinter dem ersten Paare der Zug.

Eine glänzende Tafel empfing in dem gegenüberliegenden Zimmer die Eintretenden. Formlos und unter lauter Scherzreden erfolgte das Niedersitzen; als aber Reichardt von dem ihm zugefallenen Platz aufschah, traf sein Auge auf Johnson, der, sein Gegenüber sitzend, mit zusammengezogenen Brauen ihn zu mustern schien, sich aber dann seinem Teller zuwandte. Bald klang ringsumher nichts als das Klappern der Messer und Gabeln, und Reichardt dankte dem amerikanischen Gebrauche, schweigend die Mahlzeit einzunehmen; er erhielt wenigstens Zeit, sich zu sammeln. Margaret sah an seiner Seite, nicht von ihrem Teller aufblickend; dachte er aber davon, mit ihr ein Gespräch beginnen zu müssen, so wartete er sich wieder vergebens ab, einen Anknüpfungspunkt dafür zu finden. Alles, was die Uebrigen vernahm, gefelliges Leben und Tagesgeschichte, war noch eine fast unbekannte Welt für ihn, und den einzigen Vereinigungspunkt, den sie auch wohl nur berührt hatte, um mit ihm auf gleich bekanntem Boden zu stehen, Harriet Burton, mochte er ihr gegenüber am wenigsten um Gegenstände eines Gesprächs machen.

„Haben die Ladies schon von dem merkwürdigen Feste gehört, mit welchem Dr. Hottell's neues Haus eingeweiht werden soll?“ begann Johnson, seinen Teller zurückziehend und unter die als Dessert aufgestellten Bandeln und Rosinen greifend.



Deutschland entfällt, im Namen des ganzen deutschen Volks freimütig anzuerkennen.

Ich hoffe, Ihnen zu bereden, daß man zugleich Graf und Bürgerlicher Demokrat sein kann.

Die Nationalversammlung wird die Frage entscheiden, ob die Sieger das deutsche Volk als gleichberechtigt anerkennen, oder ob sie ihm Bedingungen zumuten, die es zwingen würden, lieber die ächteren Folgen zu ertragen, als sich diesen Bedingungen zu unterwerfen. Gewiß wird nach innen und außen mancher gut zu machen sein, besonders gegenüber Belgien. Aber wir haben auch unheilbare wertzolle innere und äußere Wunden zu verteidigen und deshalb die Pflicht, unsere Eigenart und Selbstständigkeit auch dem Sieger gegenüber zu behaupten. (Lebhafter Zustimmung.)

Abg. Keil (Soz.): Es war ein großes Glück für das deutsche Volk, daß im Augenblick des Zusammenbruchs eine starke sozialdemokratische Partei vorhanden war, sonst wäre das Chaos die unausheilbare Folge gewesen. Nun hat sich die Sozialdemokratie als die staatsverhaltendste Partei erwiesen. Die Partei ist bereit, mit den Parteien, die sich auf den Boden der demokratischen Republik stellen, gemeinsam zu arbeiten. Mit Entschlossenheit lehnen wir die Kampfmethoden ab, die in den letzten Wochen zu blutigen Straßenkämpfen geführt haben. Iner konkurrierende Zentralgewalten sind im Deutschen Reich nicht möglich. Darum ist der Antrag, der den Arbeiter- und Soldatenräten ein Vetorecht gegenüber den Beschlüssen der Nationalversammlung einräumt, für uns unannehmbar. Auch wir Sozialdemokraten heißen die Deutsch-Deutscher willkommen. Eine starke Zentralgewalt war nie notwendiger als heute. Der Siegerverrat der Feinde droht uns mit Vertreibung. Dagegen können wir uns auf. Was deutsch ist, soll deutsch bleiben, im Osten und im Westen. Wir sind stets gute Internationalisten gewesen. Das hindert uns nicht, auch gute Deutsche zu sein.

Abg. Graf v. Saldern (Soz.): Es kann nur die Aufgabe des Hauses sein, das bedrohte Vaterland aus seiner Not zu retten. Dazu gehört ein großes Maß von Opfermut und Selbsterkenntnis. Wenn wir die inneren Verhältnisse unseres Landes mit denen anderer Staaten vergleichen, so hat das alte Preußen und Deutschland noch immer glänzend abgeglänzt, während wir jetzt unter der Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte schon zu einer vollkommenen Auflösung gekommen sind. Nach der Entlassung Bismarcks sind wir in eine Weltpolitik hineingetrieben worden und zwar leider in eine vollkommen verkehrte, weil ihre Grundlage, die Notwendigkeit und die Kolonialpolitik, verlagert und verfallen mußte. Wenn jetzt die Lebensmittelvorräte nur noch für kurze Zeit reichen, so ist die Revolution zum großen Teil daran schuld. Die unheimlichen Lohnforderungen haben unsere Banknoten entwertet. Graf v. Saldern verlas dann zur Frage der Monarchie eine Erklärung seiner Freunde, in der es heißt: „Nach dem Umsturz der Verhältnisse werden wir uns nicht der vaterländischen Pflicht entziehen, treu an dem Wiederaufbau des Reichs auch unter der neuen Regierung mitzuwirken. Nach wie vor sind wir der Überzeugung, daß die Monarchie für Deutschland die beste Staatsform ist.“

Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach wurde verschiedene Tagesgeschäfte gewählt.

Die Finanzlage.

Weimar, 16. Febr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr.

Reichschatzsekretär Schiffer: Die erste Vorlage sieht einen Kredit von 25 Milliarden und 300 Millionen Mark vor. Die 300 Millionen sollen für Bau- und Wohnungszwecke dienen. Im Oktober vor. Jahres stand das Reich vor der Erschöpfung seiner Mittel. Es wurde deshalb eine vom Bundesrat angenommene Kreditvorlage über 15 Milliarden dem Reichstag überandt. Da kam die Revolution, und der Entwurf wurde nicht mehr verabschiedet. Das Reich bot der Reichsbank seine Wechsel an. Diese honorierte sie und gab auf Grund davon Banknoten aus. Neu angefordert werden deshalb eigentlich nur 10 Milliarden. Die Summe aller Anleihekredite, die uns bewilligt sind, beträgt etwas mehr als 140 Milliarden. Hierzu treten an Schatzscheinkrediten 8 Milliarden. Zusammen beträgt der Anleihekredit, der uns im Oktober zur Verfügung stand, 146 Milliarden. Diese Kredite sind alljährig gemacht worden durch Kriegsanleihe im Betrag von beinahe 93 Milliarden und durch Buchschuldvergrößerungen von 53 Milliarden. Außerdem, und das ist ein Posten von ganz besonderer Höhe und schwerwiegender Bedeutung, haben wir ausgegeben Schatzanweisungen und Reichswechsel in dem ungeheuren Betrag von über 58 Milliarden. Dazu treten noch die Kredite an unsere Bundesgenossen und an Neutrale im Betrag von 9,5 Milliarden Mark. Wir erhalten damit eine Gesamtsumme von 161 Milliarden Mark und hätten damit die uns bewilligten Kredite um 14 Milliarden überschritten. Diese Ausgaben stellen ohne Rücksicht auf die Verzinsung die Kriegskosten dar. Die Ausgaben sind in den Kriegsjahren beinahe regelmäßig angefallen. Wir verbrauchten in fünf Monaten, 7,5, 1915 23, 1916 28,8, 1917 39,6 und 1918 48,5 Milliarden Mark. Es sind Unsummen verschleudert und damit Leute bereichert worden, die auch moralisch sehr ansehnlich waren. (Lebh. Zustimmung.) Die Hoffnung auf ein Sinken der Ausgaben nach dem Krieg hat sich nicht verwirklicht. Es kamen zu viele und unberechtigte Streiks, die die produktive Arbeit hinderten. Ein wahnsinniger Wettlauf um die höchsten Löhne begann. Das wirkte natürlich zurück auf die Kosten der Demobilisierung. Sie ist jetzt zum größten Teile durchgeführt. Von 8 Millionen Mann standen Ende vorigen Monats noch 1 Million unter den Waffen. Die Demobilisierung kostete aber weit mehr als veranschlagt war. Dazu kam die gewaltige Steigerung der Ausgaben für die Erhöhung der Löhne für den Grenzschutz, für den Anteil des Reichs an der Erwerbslosenunterstützung, die von 17 Millionen im September 1918 auf 67 Millionen im Februar 1919 stieg, sowie für die Kriegswohlfahrtsfürsorge und für die Beamtenerneuerungszulage. Zu den Ausgaben tragen auch die A- und S-Räte bei. Viele A- und S-Räte haben ihre finanzielle Pflicht gegenüber dem Reich erfüllt; viele haben sie nicht erfüllt. Für die Gesamtheit der fortlaufenden Ausgaben ist nach oberflächlicher Schätzung ein Betrag von 19 Milliarden erforderlich. Davon, daß die Kriegsanleihe annulliert, die Sparkassen- und Bankguthaben beschlagnahmt werden sollen, ist keine Rede. Aus der Verwertung der Heeresbestände werden wir freilich nicht acht Milliarden, sondern höchstens drei Milliarden heraus schlagen, denn dieses Heeresgut ist zum großen Teil gestohlen, geraubt und geplündert worden. Wir werden also darauf angewiesen sein, Steuern für

unser Schulden und für unsere Bedürfnisse überhaupt auf dem Wege der Steuer vorzunehmen. Dann noch ein Wort über das umlaufende Papiergeld. Gegenüber einem Umlauf von 2 Milliarden im Jahre 1914 haben wir jetzt einen von 34 432 Millionen Mark, umgerechnet das von den Kommunen ausgegebene Papiergeld. Ob wir dieser finanziellen Höhe jemals Herr werden, hängt ab von dem Verhalten unserer Feinde gegenüber und von unserem eigenen Verhalten.

Weimar, 15. Febr. Abg. v. Gräfe und Gen. (Deutschnational) haben in der Nationalversammlung eine Anfrage eingebracht über die Vorgänge beim Abschluß des Waffenstillstands. Am 7. Nov. v. J. war der Verband nach der Meldung des deutschen Unterhändlers in S. Quentin, General v. Winterfeldt, zu einem entschädigungslosen Frieden bereit. Nach Ausbruch der Revolution habe Hoch erklärt, die Revolution ändere die Sachlage. Deutschland sei jetzt erledigt und das erste Angebot sei hinäufig; Deutschland habe nun den Waffenstillstand anzunehmen. Die Abgeordneten bitten die Regierung um zuverlässige Darstellung der Vorgänge. Ministerpräsident Scheidemann erklärte, die Reichsregierung sei bereit, die Anfrage nächster Tage zu beantworten.

Die Deutsch-Nationalen haben folgenden Antrag Arnstadt und Gen. eingebracht, daß bei den Verhandlungen in Trier militärische und wirtschaftliche Verhandlungen von berufenen Sachverständigen geführt werden.

Neues vom Tage.

Von der Waffenstillstandskommission.

Trier, 15. Febr. Ueber die Verlängerung des Waffenstillstands wurde folgendes Zusatzabkommen unterzeichnet:

1) Die Deutschen müssen alle Offensivbewegungen gegen die Polen aufgeben und ihre Truppen dürfen folgende Linie nicht überschreiten: von der russischen Grenze westlich Lützenfeld, westlich Großendorf, südlich Brzeze, nördlich Schubin, nördlich Grün, südlich Samoschin, südlich Chodziez (Kolmar), nördlich Gzarnikau, westlich Miala, westlich Birnbaum, westlich Gzarnikau, westlich Bollstein, nördlich Lissa, nördlich Biernichow bis zur schlesisch-russischen Grenze.

2) Der Waffenstillstand wird auf unbestimmte Dauer mit dreitägiger Kündigungsfrist verlängert.

3) Die Ausführung der früheren Waffenstillstandsbedingungen wird fortgesetzt und zum Abschluß geführt.

Trier, 14. Febr. Reichsminister Erzberger gab in seiner Rede bei den Waffenstillstandsverhandlungen einen Überblick über die ungeheuren Opfer, mit denen das deutsche Volk den Waffenstillstand und seine Verlängerung erkauft hat: Kriegsgerät im Wert von weit über einer halben Milliarde, Kriegsschiffe im Wert von mehr als 1 1/2 Milliarden, für 2 1/2 Milliarden Eisenbahnmateriale allein durch die preussisch-hessischen Staatsbahnen. Es fehlen noch 600 bis 700 Lokomotiven. Er sei bereit, dafür Eisenbahnwagen zur Verfügung zu stellen. Erzberger richtete sodann einen dringenden Appell an die Alliierten auf sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangeenen, setzte sich ein für die Aufhebung der Verkehrsperre zwischen den links- und rechtsrheinischen Gebieten und für die Freilassung von Personen, die wegen Ankaufs von Maschinen aus Frankreich und Belgien in der rechtlich verhaftet worden sind.

Rundgebung der Presse.

Dresden, 15. Febr. Die Ernährungsnot in Sachsen zwingt die sächsische Presse als Vertreterin der öffentlichen Meinung zu einer einmütigen und schärfsten Rundgebung.

Die Ausweisung.

Mannheim, 15. Febr. Von der Ausweisung der Demobilisierten werden aus der neutralen und der besetzten Zone in Mannheim etwa 25 000 Personen betroffen. Der französische Oberst Wimpfen soll erklärt haben, wenn die Ausgewiesenen Mannheim nicht verlassen, würde Mannheim besetzt werden.

Beunruhigende Gerüchte.

Karlsruhe, 15. Febr. Bei den amtlichen Stellen ist nichts davon bekannt, daß die Gerüchte wissen wollen, die Franzosen Karlsruhe, Mannheim und andere badische Städte zu besetzen beabsichtigen.

Paris, 15. Febr. Aus Mülhausen berichtet der „Temps“: Der Gemeinderat nahm eine Entschlieung an, in der er die von der Nationalversammlung in Weimar den Elsaß-Lothringern entgegen gestreckte brüderliche Hand mit Verachtung zurückweist.

Die Spartakisten.

Berlin, 15. Febr. Die Ermittlungen gegen Radel haben ergeben, daß Radel während seiner Anwesenheit in Deutschland für mehr als zwei Millionen Mark russisches Geld im Auftrage der russischen Sowjetregierung an die Leiter der deutschen Spartakusbewegung verausgabt hat.

Berlin, 15. Febr. Die Spartakisten werden morgen aus Anlaß der Verhaftung Radels Kundgebungen veranstalten, an denen bewaffnete Soldaten teilnehmen sollen.

Duisburg, 15. Febr. Die Spartakisten der Umgebung beabsichtigen einen Angriff auf Duisburg. Die Bürgerwehr rüfete sich zur Verteidigung. Im Duisburger Wald wurde ein Waffenlager entdeckt.

Sterkrade, 15. Febr. Seit Donnerstag vormittag steht Sterkrade (Rheinland) unter spartakistischer Herrschaft. Das Rathaus, die Reichsbank, das Postamt, die Sparkasse und der Bahnhof sind besetzt. Verrittene Spartakisten durchziehen die Straßen.

München, 15. Febr. Die Unabhängigen und Spartakisten veranstalten einen großen Umzug, an dessen Spitze Eisner marschieren wird. Die Mehrheiten

malisten werden sich am Zug beteiligen. Eisner erklärte, der Landtag brauche keinen Schutz.

Ministerpräsident Eisner setzte in der Versammlung der A- und S-Räte auseinander, warum das Ministerium die Ausschreibung des Kriegeministers Rothhaupter für untunlich halte. (Rothhaupter hat die Unterstützung der Garnisonen im Auge.)

Ausland.

Berlin, 15. Febr. Die Wächter der Berliner Nach- und Zöhlischgesellschaft sind in den Ausstand getreten.

Streik der Eisenbahner.

Essen, 15. Febr. Die Leitung der Gewerkschaften deutscher Eisenbahner hat die Reichsregierung im Namen der Eisenbahnebeamten und Arbeiter der Direktionsbezirke Essen, Münster und Oberfeld telegraphisch aufgefordert, daß bis zur Wiederkehr geregelter Verhältnisse den gesamten Wachaufstand von Bahnhöfen, Bahnanlagen usw. die Eisenbahner selbst übernehmen, die zu diesem Zweck mit Waffen zu versehen seien. Die Wachen der Soldatenräte seien zu entfernen, das Betreten der Bahnhöfe zwecks Anwerbung von Freiwilligen für den Döschung der Soldatenräte zu untersagen, die Schwer- und Schwerarbeiterzulagen den Eisenbahnebeamten und Arbeitern nach wie vor zu gewähren. Sollten Verhandlungen mit der Regierung in Weimar unbefriedigend ausfallen, so soll auf einer weiteren Konferenz über die Frage eines 24stündigen Proteststreiks in den drei Direktionsbezirken beschloffen werden.

Der Krieg im Osten.

Königsberg i. Pr., 15. Febr. Olita ist vorgehen von den Bolschewisten besetzt worden. In Kurland wurde Goldingen von uns wieder genommen.

Ludendorff kehrt zurück.

Stockholm, 15. Febr. T. U. meldet, General Ludendorff werde in der nächsten Woche aus Schweden nach Deutschland zurückkehren, um eine von ihm verfaßte Geschichte des Kriegs in Werk von 600 Seiten herauszugeben.

Von der Friedenskonferenz.

London, 15. Febr. Wie die „Daily Mail“ aus Paris meldet, hat Marschall Foch dem obersten Kriegsrat folgenden Vorschlag unterbreitet: Der Rhein bildet die militärische Grenze Deutschlands, nicht aber seine politische Grenze. Frankreich fordert die Kontrolle über die deutschen Gebiete des linken Ufers nicht an, verlangt aber, daß Deutschland in diesem Gebiete keinerlei Kasernen noch sonstige militärische Gebäude, keinerlei Munitionsfabriken, Waffenlager oder Forts unterhalte, und daß die Rekrutierung in diesen Ländern nicht stattfinden darf.

Paris, 15. Febr. Die „Revue“ fragt, ob es wahr sei, daß die zweite französische Armee habe aufgelöst werden müssen, weil die Gefahr bestand, daß ihre (revolutionäre) Stimmung in andere Armeen übergreife. (Die zweite Armee lag im südlichen Elsaß und an der Schweizer Grenze.)

Berlin, 15. Febr. Nach einer Schätzung der Alliierten soll Deutschland noch eine Million Mann unter den Waffen haben und 2500 Geschütze, 5000 Feldkanonen, 50 000 Maschinengewehre und 10 000 Flugzeuge besitzen.

Schadenersatz bis zur äußersten Grenze.

London, 15. Febr. „Daily News“ teilt mit Lloyd George erklärte, daß er das seinen Wählern gegebene Versprechen erfüllen und von Deutschland Schadenersatz bis zur äußersten Grenze seines Leistungsvermögens fordern werde.

Der Völkerverbund.

Paris, 15. Febr. (Havas.) Der Entwurf des Vertrags über den Völkerverbund enthält die Bestimmungen:

Artikel 1: Neben den Sitzungen der Delegierten der vertragschließenden Teile finden öfters Sitzungen des ausführenden Rats statt, ferner hat ein internationales Sekretariat seinen ständigen Sitz beim Völkerverbund.

2. Die Sitzungen werden regelmäßig oder im gegebenen Falle stattfinden. An ihnen nehmen die Vertreter der vertragschließenden Teile mit einer Stimme für jeden Teil bei nicht mehr als drei Vertretern teil.

3. Die Sitzungen des ausführenden Rats finden mindestens einmal im Jahre statt. Die Beschlüsse sind für diese Mächte nur geltend, falls sie eingeladen worden waren.

4. Eine Kommission wird durch Mehrheitsbeschluß der Vertreter eingesetzt.

Art. 5 und 6 handeln von der Organisation des Sekretariats.

7. Die Zulassung von Staaten zum Völkerverbund, die den Vertrag nicht unterzeichnet haben, erfolgt nur durch Zweidrittelmehrheit der Delegiertenversammlung. Verbindung ist Selbstregierung. Kein Volk kann Gelassen werden, wenn es nicht in der Lage ist, wirksame Garantien für die territorialen Abzuten zu geben.

Die weiteren Artikel sehen vor: Die Verpflichtung, die Forderungen möglichst einzuzwängen und sich gegenseitig über den Stand derselben zu unterhalten. Die Privatverfertigung von Kriegsgerät wird von ihnen überwacht. Jeder etwaige Krieg, der einen der Angehörigen des Völkerverbunds berührt, soll als eine all angehende Angelegenheit betrachtet werden.

Artikel 18. Wenn zwischen den Vertragschließenden ein Streitpunkt aufsteht, dessen Beilegung durch ein Schiedsgericht möglich erscheint, und wenn sie erfolglos verhandelt haben, ihn auf diplomatischem Wege zu regeln, wird die Frage einem Schiedsgerichtshof unterbreitet, der durch die Parteien bestimmt wird. Das Schiedsgerichtsurteil ist in vollem gutem Glauben auszuführen. Der ausführende Rat muß die Maßregeln vorschlagen, die die Durchführung des Urteils sichern können. 14. Der ausführende Rat wird die Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofs beschließen. Sollten sich zwischen Bundesmitgliedern Streitigkeiten

...ausdrucksverschiedenheiten ergeben, die geeignet sind, einen Bruch herbeizuführen, die aber einem Schiedsgericht nicht unterbreitet werden können, so sollen diese Fragen von den ausführenden Rat gebracht werden. Wenn die Meinungsverschiedenheiten nicht geregelt werden können, so muß der Rat Vorschläge zur Regelung der Fragen machen. Wenn dieser erhält die Zustimmung der Mitglieder des Rats, die nicht die Parteien vertreten, so wird der Partei, die den Anordnungen des Rats nicht Folge leistet, der Krieg erklärt. Im Falle der Weigerung wird der Rat die notwendigen Maßnahmen vorschlagen, um die Durchführung dieses Vertrags zu erzwingen.

Wilson über den Völkerbund.

Paris, 14. Febr. Wilson sagte auf der Friedenskonferenz u. a.: Ich frage mich, erklären zu können, daß es ein einstimmiger Bericht (über den Völkerbund) der Vertreter von 14 Nationen ist, der hier vorliegt: Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Portugal, China, die Tschechoslowakei, Griechenland, Polen, Rumänien, Serbien. Die Bedeutung des Ergebnisses ist, daß es einer Einheit der auf ein gemeinsames Ziel gerichteten Welt entstammt, der man nicht widerstreben kann, und der zu widerstreben kein Volk wagen wird. Die bewaffnete Macht steht im Hintergrund und wenn die moralische Macht der Welt nicht ausreicht, so wird es die physische Macht der Welt tun. Der Bund ist eine definitive Friedensgarantie gegen den Angriff, der Bund wird nicht nur den Weltfrieden zu sichern haben, sondern er soll bei jeder internationalen Angelegenheit zum Zusammenarbeiten verwendet werden können. Die große Gemeinde der arbeitenden Menschen der Welt, auf deren Tag für Tag die große Bürde lastet, die Welt zu versorgen, und die müde zu Bett gehen und ohne die Hoffnungen aufzuwachen, tritt in den Vordergrund. Sie werden in die Welt der internationalen Beratung und Hilfeleistung gezogen. Die Desentlichtheit aller internationalen Abmachungen ist eine gebieterische Notwendigkeit. In Zukunft kann kein Mitglied des Völkerbundes Anspruch auf Gültigkeit irgend eines Abkommens erheben, das nicht vom Generalsekretariat des Bundes registriert und alsbald veröffentlicht wurde. Die Menschen, die sich nicht trauen, können jetzt als Freunde und Kameraden in einer einzigen Familie leben. Die Stidlust des Missmanns und der Intrige ist weggesetzt.

Revolution in Bukarest?

Paris, 14. Febr. (Havas.) Verschiedenen Blättern zufolge soll in Bukarest eine Revolution ausgebrochen sein. Die königliche Familie soll versucht haben, nach Jassi zu entkommen, aber gezwungen worden sein, nach Bukarest zurückzukehren. Der König sei bei der Beschleung des Schlosses verwundet worden.

Die Umwälzung in Portugal.

Madrid, 15. Febr. (Havas.) Aus Lissabon wird gemeldet, daß in Oporto die Republik wiederhergestellt sei.

Bermischtes.

Sozialdemokratische Pfarrer. Nach dem Karlsruher „Volkfreund“ sind die badischen evang. Pfarrer Edelmann in Ockersheim und Stolz in Neunkirchen, N. Borsberg, der sozialdemokratischen Partei beigetreten.

Der deutsche Kronprinz ist nach dem „Berl. Lokalanzeiger“ erkrankt.

Feldmarschall von Generalsuperintendent D. Blau durch die Polen. Aus Polen kommt die Nachricht, daß die Polen den Generalsuperintendenten der Provinz D. Blau als Feind betrachteten. Diese Behauptung ist eine erneute Verhöhnung des preussischen Staats und des Deutschen Reichs. D. Blau hat sich während seiner 34-jährigen Amtszeit in Polen in besonderem Maße für Inneren Mission gewidmet, deren Arbeit auch gerade der preussischen Bevölkerung Polens zugute kommt.

Milchstreik. Nachdem die Milchbauern der Umgegend von Reichenhall (Oberbayern) seit sieben Tagen die Stadt hochkottieren, um den Milchpreis auf 50 Pfg. das Liter zu treiben, sind bewaffnete Arbeiter in die Orte der Umgebung gezogen, um die Abgabe von Milch zu erzwingen mit der weiteren Drohung, nächster Tage die Milchbühne selbst wegzunehmen. Die Stadtvertretung wollte 50 Pfg. als Milchpreis bewilligen, die Regierung hat jedoch nicht geduldet, daß der Preis über 40 Pfg. gehe. Angewiesene haben die Bauern versprochen, daß sie wieder Milch in die Stadt liefern wollen.

Diebstähle. Ein Scherenschmiedler, Hans Senoner, der in München, Augsburg, Nürnberg, Berlin und Jandbruch um 200 000 Mark Schmiedsachen mit wertvollen Schmiedsachen verladen ist in München verhaftet worden. Dort wurde auch der größte Teil der erbehaltenen Schmiedsachen aufgefunden. — Dem 8. Feldartillerie-Regiment in Fürtch ist die Kasse mit 150 000 Mark gestohlen worden. Der Kanonier Hugo Hoffmann wird als der Dieb verfolgt. — In Plankirchen in Mittelfranken hat bei der Geschäftsergabe im Restorationsrecht die Kasse mit 40 000 Mark gestohlen. Sie ist von Unbekannten kurz zuvor gestohlen worden.

Die Lage in den Kohlenrevieren. Die Nachrichten von der Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien berechtigt leider nicht zu der Hoffnung, daß sich die Kohlenversorgung Deutschlands nunmehr alsbald bessern werde. Die durch die umfangreichen Ausgaben von Lokomotiven an die Entente hervorgerufenen Transporterschwierigkeiten machten sich in allen Kohlenrevieren immer mehr fühlbar. Dies zeigen folgende Zahlen aus den beiden größten Steinkohlenrevieren: Während am Montag, den 3. ds. Mts. im rheinisch-westfälischen Bezirk die Eisenbahnwagenstellung die im Vergleich zur letzten Woche glänzende Ziffer von 18 100 Wagen aufwies, ist sie am Laufe der Woche ständig, bis auf 12 550 am Freitag, den 7. ds. Mts. zurückgegangen. In Oberschlesien ist eine Abnahme von 138 Eisenbahnwagen am Montag auf 3097 am Freitag zu verzeichnen. In transportfähigsten Zeiten während des Krieges haben die Jangengstungen für Westfalen etwa 25 000, für Oberschlesien etwa 12 000 Wagen täglich betragen. Aussicht auf baldige Besserung der Transportverhältnisse besteht zurzeit noch nicht.

Kopenhagen. 1. Febr. Die Regierung hat im Abgeordnetenhaus eine Vorlage betr. eine neuen Prozentige Staatsanleihe von 120 Millionen Kronen zur Kurs von 96½ eingebracht. Damit erreichen die dänischen Staatsanleihen die Höhe von 773 Mill. Kronen.

Kopenhagen ist als Stapelplatz für die amerikanische Lebensmittelzufuhr für Deutschland, Finnland und Polen in Aussicht genommen.

Baden.

Aus dem Verfassungsausschuß.

(*) Karlsruhe, 15. Febr. Der Verfassungsausschuß gab dem § 46 folgende Fassung: „Der Landtag ist vor Ablauf der Landtagsperiode durch das Staatsministerium aufzulösen, wenn es von 800 stimmberechtigten Staatsbürgern verlangt wird und die Mehrheit bei der innerhalb vier Wochen vorzunehmenden Volksabstimmung diesem Verlangen beitrifft. Das Staatsministerium hat gleichzeitig mit der Auflösung die Neuwahlen anzubereiten, welche längstens 30 Tagen nach der Auflösung stattfinden müssen.“ Zu Abs. 2 des § 47 betr. Landständischer Ausschuß wurde beschlossen, daß dieser Ausschuß vor dem Schluß der Sitzungsperiode nach den Grundrissen der Verhältnisse gewählt wird und jede Auflösung des Landtags auch des Landständischen Ausschusses nach sich zieht. Der Landst. Ausschuß soll aus 9 Mitgliedern (Präsident und 8 Abgeordnete) bestehen. In § 48 wird mit 14 gegen 7 Stimmen noch die Bestimmung aufgenommen, daß bei allen Beschlüssen von Gesetzen betr. die Verfassung mindestens ¼ Mitglieder des Landtags anwesend sein müssen. § 49 erhielt die folgende Fassung: „Die Annahme eines Gesetzesentwurfs, sowie die Ablehnung einer Regierungsvorlage kann sowohl nach Vorberatung in einem Ausschuß als auch ohne solchen erfolgen, in beiden Fällen aber nur aufgrund einer zweimaligen durch eine Zwischenzeit von mindestens einer Woche, bei Verfassungsänderungen mindestens einem Monat getrennten Beratung und Abstimmung. Von dieser Frist kann abgesehen werden, wenn nicht mehr als höchstens 15 Abgeordnete widersprechen.“ — Die §§ 50, 51 und 52 werden angenommen.

Abs. 1 des § 53 wird in folgender Fassung angenommen: „Die Mitglieder des Staatsministeriums werden aus den stimmberechtigten Staatsbürgern unter Bezeichnung der von ihnen zu verwaltenden Ministerien vom Landtag in öffentlicher Sitzung gewählt. Aus den Mitgliedern des gewählten Staatsministeriums erwählt der Landtag als Vizepräsidenten des Staatsministeriums und seinen Stellvertreter.“ Der Abs. 2 des Paragraphen erhält folgende Fassung: „Der Landtag kann jederzeit durch einen Beschluß, dem die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt, die Mitglieder der Staatsministerien oder einzelne, von ihnen abberufen.“ — Die Zahl der Minister wird auf höchstens sechs festgesetzt. Der Geschäftskreis soll durch besonderes Gesetz geregelt werden. Die §§ 55—60 werden ohne wesentliche Änderungen angenommen. — Nächste Sitzung: Dienstag vormittag halb 10 Uhr.

Karlsruhe, 16. Febr. Der Standort des Kadetten Lehrbataillons 2 ist mit Zustimmung der Regierung vom Generalkommando von Bruchsal nach Durlach verlegt worden.

Karlsruhe, 16. Febr. Die Verhandlungen der Regierung mit dem Großherzoglichen Hause über die Abfindung der Mitglieder des Großh. Hauses in der Domänenfrage sind dem Abschluß nahe.

(*) Karlsruh, 16. Febr. Die Polizei verhaftete acht Personen wegen umfangreichen Diebstahls und Hehlerei an Heeresgut. Heeresbestände im Wert von gegen 4000 M., ferner zwei Dynamomotoren im Wert von 3000 M., 8 Militärpferde und 4000 Mark in bar wurden beschlagnahmt. Der Wehnhändler D. Drehsfuß von Kuppenheim und zwei Fabrikarbeiter wurden wegen Geheimschlächtere verhaftet.

Schwetzingen, 16. Febr. Ueber die Verwendung des hiesigen Schlossgartens, der jetzt Nationaleigentum ist, verläutet noch nicht bestimmt. Wie man hört, hat die badische Landwirtschaftskammer die Ablicht, einige Teile des Schlossgartens, die bereits zu Gemüseanlagen verwendet wurden, in eine Gemüseschule umzuwandeln.

Kirchzarten bei Freiburg, 16. Febr. Dem hier einquartierten Feldartillerieregiment sind in der letzten Zeit nach und nach 26 Pferde gestohlen worden.

Hardheim b. Waldbrunn, 16. Febr. Wie wir kürzlich berichteten, waren bei zwei in Bamberg verhafteten Matrosen Kirchgeräte vorgefunden worden. Es hat sich nun herausgestellt, daß diese aus Pfarrkirchen Hardheim und Unterschleiß gestohlen worden waren. Die Kirche ist beschädigt, einer ist zerbrochen, und die Monstranz ist zertrümmert.

Konstanz, 15. Febr. In einem Rundschreiben wendet sich das Bezirksamt Konstanz an die Bürgermeister und verlangt von diesen, daß sie schärfer auf die Einhaltung der Ablieferungspflicht der Landwirte drücken sollen, die seit Monaten so gut wie ganz verlegt hätten. Bis 15. Dezember hätten 1 385 000 Kilogramm Brotgetreide abgeliefert sein sollen, es wurden aber nur 855 000 Kilogramm abgeliefert, so daß am 15. Dezember 1918 520 000 Kilogramm im Rückstand waren. Bei den Kartoffeln tritt dieselbe Erscheinung hervor. Statt 6 350 000 Kilogramm waren bis 31. Dez. 1918 nur 5 400 000 Kilogramm abgeliefert.

— Einschränkung der Tanzvergünstigungen. Durch Verordnung werden die Tanzlustbarkeiten von der Einholung einer polizeilichen Erlaubnis abhängig gemacht. Auch die Erteilung von Konzunterricht wird einer gewissen Beschränkung unterworfen.

Württemberg.

(*) Stuttgart, 15. Febr. (Aus dem Verfassungsausschuß.) Der Verfassungsausschuß der Landesversammlung setzte heute die Beratung der Fideikommissfrage (§ 10 Abs. 2) fort. Von Zentrumseite wurde betont, daß durch die Aufhebung des Fideikommissrechts an dem Bestand der Fideikommissfrage nichts geändert werde. Die Fideikommissgeber

seien durch Gesetz gehindert, Grund und Boden freiwillig herzugeben. Den derzeitigen Inhabern der Fideikommiss soll daher durch Vereinbarung mit den Beteiligten (Agnaten) die Ermächtigung erteilt werden, die landm. Fideikommiss jetzt schon aufzuheben. Diese Anregung fand auch von anderen Parteien Zustimmung. Von allen Seiten wurde hervorgehoben, daß eine Aufhebung der Fideikommiss schädlich wäre. Hieran wurde der Antrag Bod und Gen., Absatz 22 Satz 1 wie folgt zu fassen: „Das Sonderrecht der Fideikommiss, Lehen und Stammgüter wird durch besonderes Gesetz aufgehoben; neue Fideikommiss, Lehen und Stammgüter dürfen nicht errichtet werden“, einstimmig angenommen. Satz 2 Abs. 2 wurde dann in folgender Fassung beschlossen: „Soweit der Großgrundbesitz volkswirtschaftlich schädlich ist, ist er vor allem zum Grund neuer landwirtschaftlicher Betriebe und zur Erweiterung bestehender mittlerer und kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe, wenn nötig, im Wege der Enteignung anzuteilen.“ Ein dritter Satz des Entwurfs: „Mittel- und Kleingrundbesitz sind gegen Aufsaugung und Bewucherung zu schützen“, wurde mit 23 gegen 1 Stimme angenommen.

(*) Stuttgart, 16. Febr. Landesversammlung (ung.) Die würt. Landesversammlung wird auf den 25. Februar wieder einberufen.

Die Fideikommiss.

Nach der neuesten Statistik gibt es in Württemberg 134 Fideikommiss, darunter 11 bürgerliche. Die Gesamtfläche beträgt 116 591 Hektar; hieron sind 33 271 Hektar = 28,5 Prozent in landwirtschaftlicher Benützung, 82 891 Hektar = 71,7 Prozent Waldungen und 429 Hektar = 0,4 Prozent andere Kulturland (Gart und Kleb). Bei einer landwirtschaftlichen Gesamtfläche von 1 232 083 Hektar in Württemberg beträgt die landwirtschaftlich benützte Fläche der Fideikommiss nur 2,7 Prozent. Von einer gesamten Waldfläche von 604 724 Hektar in Württemberg entfallen auf die Fideikommiss 13,7 Prozent. Au Grund nach früheren Statistik entfielen in Württemberg von 238 Fideikommissen in die Größenklasse bis zu 100 Hektar 28, von 101 bis 500 Hektar 53 mit 128 000 Hektar, von 501—1000 Hektar 18 mit 12 500 Hektar, von 1001—5000 Hektar 24 mit 45 300 Hektar und von über 5000 Hektar 5 mit 48 000 Hektar, wobei die landwirtschaftliche und Waldfläche zusammengezeichnet sind. Von der Gesamtfläche Württembergs mit 1 930 840 Hektar entfiel auf die Fideikommiss am 1. August 1899 6,07 Prozent der Gesamtfläche; wie dazu noch das Hofmarkergut mit 11 800 Hektar mit eingerechnet, so waren es 6,87 Prozent der Gesamtfläche.

Bezüglich der Fideikommiss in anderen Bundesstaaten ist mitzuteilen: Bayern hat 202 Fideikommiss = 3,4 Prozent des Grund und Bodens des rechtsrheinischen Bayern; in der Pfalz gibt es keine Fideikommiss. In Preußen bilden 1182 Fideikommiss 6,5 Prozent der Gesamtfläche, in Baden 70 Fideikommiss 6,8 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche.

(*) Stuttgart, 15. Febr. (Königliche Wägerei.) Im früheren königlichen Reichhaus an der Neckarstraße hier kommen vom 26.—28. Februar über 80 Wagen (Zweispänner) und 12 Schlitten zum öffentlichen Verkauf. Es befinden sich darunter 8 Galawagen, 10 Landauer, 20 Coupes, 17 Viktorias, 18 Kutschier-, Jagd- und Dressier-Wagen, 1 Omnibus sechsfüßig, 1 Wasser-, 1 Möbel-Wagen, 11 Gebrauchsschlitten, worunter 9 mit Pelzarmaturen.

(*) Stuttgart, 15. Febr. (Straßenbahneröffnung.) Die Verbindungslinie Obertürkheim-Debelingen, die Ehlingen an das Stuttgarter Straßenbahnen anschließt, wurde mit einer Feier in Obertürkheim feierlich auf die Fider fortgesetzt werden soll.

(*) Leonberg, 15. Febr. (Auch ein Zeichen der Zeit.) Gestern wurden vom Landjäger aus Stuttgart 4 Personen in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert, weil in Stuttgart die Untersuchungsgefängnisse überfüllt sind.

In Gerlingen wurde dieser Tage eine Eiche von nicht ganz zwei Metern für den außerordentlich hohen Preis von über 900 M. verkauft. Es kostet demnach der Bestmeter 500 M.

(*) Heilbronn, 15. Febr. (Eine eigentümliche Sache.) Nach dem „Generalanzeiger“ hat der hiesige Soldatenrat ein paar tausend Schube, die er von den durchziehenden Oesterreichern zu 40 Mark das Poun gekauft hatte, an die Stadt um 43 Mark weiterverkauft. Auf Veranlassung des Kriegswachamts war dann der Soldatenrat Witz verhaftet und bei ihm die Summe von 10 000 Mark beschlagnahmt worden. Am Abend erschien nun der Vorsitzende des Soldatenrats, Buchel, mit 13 bewaffneten Mannschaften der Sicherheitswache und erzwang die Freilassung des Witz und die Herausgabe des Geldes.

(*) Ulm, 15. Febr. (Unvorsichtig.) Ein hiesiger Geschäftsmann hat seine überschüssigen Hundertmark- und andere Scheine in einem in der Regel nicht benützten Dien aufbewahrt. Nun hat man aber diesen doch gebraucht und so verbrannte ein großer Teil der wertvollen Papierscheine.

Mutmaßliches Wetter.

Die Störung hält an. Eine westliche Luftströmung herrscht vor. Am Dienstag und Mittwoch ist im allgemeinen ruhiges, aber vorwiegend kaltes Wetter zu erwarten.

— Gütersperre. Amtlich wird uns mitgeteilt: Es besteht vielfach die irrümliche Meinung, daß Karlsruhe in besetzten Gebiet liege. In Baden sind nur die Hauptbahnhaltungen Rehl und Kork sowie die Nebenbahnhaltungen Sundheim, Marlen, Neuenheim und Leutesheim vom Feinde besetzt; nach allen übrigen badischen Stationen besteht keine Verkehrsbeschränkung.

— Zulagen für Schwerarbeiter. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat die Verabreichung der Zulagen für Schwerarbeiter, die mit dem 10. Februar eingestellt werden sollte, bis zum 1. April verlängert.

— Gerbrinden. Für Eichen- und Nichtengerbrinden werden neuer keine neuen Höchstpreise festgesetzt; die seitherigen Höchstpreise bleiben vorläufig in Kraft.

— Postverbindung mit Sibirien. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene gibt bekannt, daß die Postverbindung mit den deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien durch die Bemühungen des amerikanischen Roten Kreuzes in Washington wieder hergestellt ist. Es sind auch bereits von Sibirien Postkarten über Amerika nach Deutschland gelangt. Nach Mitteil

lung des amerikanischen roten Kreuzes arbeiten unter den Gefangenen in Sibirien gegenwärtig 200 amerikanische Sekretäre. Die Verpflegung der Gefangenen soll besser sein, als früher. Briefe und Karten sind zu richten: An den Kriegsgefangenen (Name und genaue Adresse) via Kriegsgefangenenhilfe des Christl. Vereins junger Männer, Bern, Effingerstraße 10.

Luftkurierdienst. Von der Inspektion des bayerischen Militär-Luftfahrwesens wird mitgeteilt: Für die Zwecke der Nationalversammlung ist ein in Weimar zusammenlaufendes Luftverkehrsnetz errichtet worden, das den Kurieren der Einzelstaaten für Personen- und Postverkehr zur Verfügung steht. Berlin (für Preußen und Reich), Dresden (für Sachsen), Konstanz (für Baden), Stuttgart (für Württemberg) und München (für Bayern) sind Kurierstationen und durch einen regelmäßigen Flugplan mit Weimar verbunden. In Bayern konnte diese Luftverkehrsorganisation schnellstens durchgeführt werden, da sie lediglich an eine bereits bestehende Luftverkehrsverbindung angeschlossen zu werden brauchte. Es ist dies eine tägliche Luftverbindung zwischen dem Ministerium für militärische Angelegenheiten und den drei bayerischen Generalkommandos München, Fürth und Würzburg. Der Münchner Kurierflieger trifft in Fürth mit den Luftkurieren von Konstanz-Stuttgart und Würzburg zusammen, und von Fürth aus vermittelt die dortige Station den Flugdienst nach Weimar. Die Strecke München-Weimar über Fürth wird in drei Stunden durchflogen und in ähnlich kurzen Zeiten auch die anderen Strecken. Die Organisation dieses Luftverkehrs ist vorerst militärisch und wird von alten erprobten Feldfliegern geleitet, denen als Flugengführer und Beobachter sowie als Hilfspersonal frontierprobierte Leute zur Seite stehen.

Ein englisches Versehen. In Böhwinkele, „versehentlich“ die 21-jährige Frida Hahn aus Böhwinkele bei Elberfeld wurde von der englischen Grenzbesatzung erschossen, die sich auf einem Spaziergang noch weit in neutrales Gebiet befand. Das Mädchen starb kurz darauf.

1600 Personenwagen verschwunden. Im bayerischen Landesbahnenrat teilte ein Regierungsvertreter zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Zustände mit, daß allein in Bayern 1600 Personenwagen fehlen, die einfach nicht auffindbar seien.

Bei einer Kesselexplosion auf dem Mayrau-Schacht (Schlesien) wurden 8 Personen getötet.

Fälschung von Kriegsgeldscheinen. Große Fälschungen von Kriegsgeldscheinen sind durch die Düsseldorfener Polizei aufgedeckt worden. Es handelt sich um 100-Mark-Notgeldscheine der Rheinprovinz und 20-Mark-Scheine der Stadt Düsseldorf. Die Werkstatt der Kriegsgeldfälscher befand sich in der Druckerlei Bepser und Baillant in Düsseldorf, die für 400.000 Mark 100-Mark-Scheine und für 40.000 Mark 20-Mark-Scheine hergestellt hatte. Die Scheine wurden hauptsächlich in Düsseldorf, Elberfeld und Duisburg ausgegeben.

Was zu erwarten war. Der „Verein Berliner Kaffeehausbesitzer“ hat einstimmig beschlossen, den Tarifvertrag mit dem Verband der Gastwirtsgehilfen wieder zu kündigen. Die Gründe, die zu diesem Beschluß führten, liegen darin, daß nach allgemeiner Beobachtung die Berliner trotz der hohen Entlohnung nach wie vor Trinkgelber werden, ja sogar fordern.

Die Reichskleinodien. In einem Artikel in der „Post“ befaßt sich Prof. Dr. Pazaurel-Stuttgart mit dem Schicksal der ehemaligen Reichskleinodien. Er fährt aus, daß diese nicht Eigentum der Habsburger oder des österreichischen Staats, sondern Nationalbesitz des Deutschen Reichs seien und tritt für ihre Zurückführung nach Deutschland ein. Eine Ueberführung nach Berlin komme nicht in Betracht. Als Hüter der letzten Reichskleinodien komme vielmehr entweder Nürnberg oder Frankfurt in Betracht. Natürlich komme dabei auch für alle Zukunft nur ein, die beste Erhaltung gewährleistendes gut gelegenes wirtschaftliches Museum in Frage wie das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg.

Das älteste Glodenspiel. Das älteste erhaltene deutsche Glodenspiel oder vielmehr die ältesten erhalten gebliebenen Reste eines solchen finden sich in der mährischen Stadt Olmütz. Das Werk wurde 1418 von dem Uhrmacher Anton Bohl gemacht, der kurz vorher dem Prager Magistrat ein schönes Spielwerk geliefert hatte. Das Olmüzer Glodenspiel wurde durch die Stiftung eines reichen Bürgers 1838 repariert und ist noch heute eine Sehenswürdigkeit. Es ist verbunden mit einer Runtuhr und zeigt 16 Gloden im Gesamtgewicht von 300 Kilogramm. Beinahe ebenso ehrwürdig an Alter war das Glodenspiel der St. Petrikirche in Hamburg, das 1487 dort aufgestellt wurde, aber 1842 beim Brand der Kirche unterging. Ehrwürdig an Alter ist das Glodenspiel in St. Anna in Dären (Rheinland), das den alten Aufbau 1564 noch gut zeigt. — Berühmt ist auch das Danziger Glodenspiel aus den Jahren 1559-1561. Es wurde nach der Inschrift an den Gloden selbst gemacht von Johannes Moor aus Herzogenbosch. Dieses Glodenspiel erregte bald den Neid der Altstädter, die dann auch ein Glodenspiel haben wollten. Es wurde zuerst auf dem Turm des Rathhauses angebracht und später auf den Turm der Katharinenkirche versetzt. Auch bei diesem Glodenspiel ist niederländischer Ursprung ausdrücklich bezeugt. Sein Verfertiger war Meister Nikolaus Verl aus Hoorn an der Zuidersee. Das berühmte Glodenspiel von St. Romuald in Wehlen, das durch die Beschädigung der Kirche in Gefahr war (da die Feinde Geschütze auf den Turmkranz aufgestellt hätten), gilt allgemein als das schönste. Es geht ebenfalls teilweise in das 15. Jahrhundert zurück und stammt von Peter Hemont, dem berühmtesten Meister der Glodengießerkunst. Andere berühmte belgische Glodenspiele sind in Antwerpen das mit 40 Gloden, das zu Brügge mit 48, das Genter Glodenspiel mit 48 Gloden, das zu Doornik (Tournai) mit 42 Gloden und das zu Löwen mit 35 Gloden. Sie gehen größtenteils auf das 15. und 16. Jahrhundert zurück und sie gefielen namentlich den reisenden Deutschen so gut, daß man in Deutschland ebenfalls solche Glodenspiele haben wollte. Wie in den erwähnten Fällen ist dies ausdrücklich bezeugt für das Salzburger Glodenspiel, das Melchior de Paze aus Antwerpen 1689 schuf. Das Berliner Glodenspiel, das Friedrich I. an dem Umbau seines Schlosses durch Schläter anbringen ließ, war gleichfalls in Holland gekauft. Schläter hatte als technische Merkwürdigkeit bei dem Hochbau des alten Münzturms zum erstenmal Eisenkonstruktionen versucht, aber der stolze Turm mußte bald wieder abgebrochen werden. Es fand dann seinen Platz auf der Pachinallkirche beim grauen Kloster in Berlin, wo es noch heute tönt.

Tschecho-slowakische Briefmarken. Die tschecho-slowakische Republik, die die früheren österreichischen Kronländer Böhmen, Mähren, Oesterreich-Schlesien umfaßt, hat jetzt ihre eigenen Briefmarken. Es sind vorläufig Werte bis zu einer Krone hergestellt worden. Die neuen Marken tragen als Markenbild in reich gezeichnetem Raum die Prager Burg Hradtschin und im Hintergrund die aufgehende Sonne. Die Aufschrift „Ceska Posta Slownska“ ist auf die beiden Seitenränder und den oberen Markenrand verteilt; am unteren Rande ist die Wertbezeichnung 3, 5, 10 usw. angegeben. Oberhalb der Wertbezeichnung befindet sich der schwarze Ausdruck „Vojec“. Außerdem sind noch besondere Zeitungsmarken mit dem Markenbild des böhmischen Falken und besondere Postmarken für unfrankierte Sendungen im inneren Verkehr zur Ausgabe gelangt.

Stoß oben!
Man genieße kleine Freuden und beanspruche keine großen... Ich suche keine Dornen, hasche die kleinen Freuden; sind die Dornen niedrig, so bücke ich mich; kann ich den Stein aus dem Wege tun, so tue ich's; ist er zu schwer, so gehe ich um ihn herum, und so finde ich alle Tage etwas, das mich freut, und der Schlüßstein — der Glaube an Gott, der macht mein Herz froh und mein Gesicht frohlich.
Frau Kai Goethe

Der „Idealismus“ der Unabhängigen.
D.V.C. Daß für das Weiterbestehen der „u.“ und „S.“-Käte neben ideellen Gründen, auch nackte materielle eigene Interessen maßgebend sind bei ihren Anhängern, beweist eine Versammlung der kommunalen Arbeiterräte der dem Zweckverband Groß-Berlin angehörenden Gemeinden. Sie hat am 7. Februar für die Mitglieder des Vollzugsrats eine Entschädigung von 240 Mk. wöchentlich, für die Sekretäre von 30 Mk. täglich, und für andere Angestellte von 25 Mk. täglich beschlossen, Stenotypistinnen erhalten täglich 12-20 Mk. Ein Einkommen von 240 Mk. wöchentlich entspricht einem Jahreseinkommen von 12.000 Mk. Der Vollständigkeits halber muß noch darauf hingewiesen werden, daß der Berliner Magistrat aufgefordert worden ist, zu den Gehältern der Arbeiterräte innerhalb des Zweckverbands Groß-Berlins einen Zuschuß zu gewähren. Als aber der Berliner Magistrat diesen Kostenzuschuß ablehnte, und sich erbot, „billigeres Personal zur Verfügung zu stellen, sprach der unabhängige Richard Müller, der Leichenmüller, von entwürdigenden Zumutungen des Berliner Magistrats, wofür ihm noch starker Beifall wurde.

D.V.C. Der Unterhalt zwischen einem hohen Offizier und einem Staatsmann entnimmt der militärisch Mitarbeiter der „Börsischen Zeitung“ folgende Angaben: Die Grundlage unseres zukünftigen Heeres wird mein je die Jugendziehung sein. Die reinmilitärische Dienstzeit würde eigentlich nur eine Art Abschluß der Jugendziehung bilden. Organisierte Jugendverbände sollen herangezogen werden zu gemeinnützigen Arbeiten wie großen Kanalbauten oder Erschließung von Deeland. Durch seine gemeinnützigen Arbeiten könnte sich das Arbeiter- und Soldatenheer selbst ernähren. Ein Berufsoffizier- und Unteroffizierkorps ist unbedingt nötig als Lehrmeister und Organisator im Frieden, als militärischer und höherer Führer im Kriege. Die unteren und ein Teil der mittleren Friedensstellen könnten die Anwartschaft auf Beamtenstellen geben. Trotz aller Erziehung der Jugend zur freiwilligen Unterordnung wir man um die Schaffung wirksamer militärischer Strafen und Befehle, die den Führern das Rückgrat stärken, nicht herumkommen. Das zukünftige Volkshoheer im Frieden bestehen aus 1. einem Berufsführer, 2. einer Anzahl Lehrtuppen, bestimmt, um durch Versuche usw. die Ausrüstung, Ausbildung, Kampfesweise usw. fruchtbringend der fortschreitenden Wissenschaft und Technik entsprechend auf Tausenden zu halten, 3. den ihre Dienstpflichten genügenden Jahrgängen der Bevölkerung. Ueber den Grundgedanken dieser Vorschläge ist bisher eine Einigkeit noch nicht erzielt worden. Es bleibt deshalb vorläufig, dazu Stellung zu nehmen.

Todesfall. Heute früh verschied infolge einer tödlichen Krankheit der in vielen Kreisen bekannte und beliebte Herr Zugmeister Knöbler von hier. Der verstorbenen stellte sich während des Krieges in aufopfernder Weise der Betriebsleitung der Eisenbahn in Ruhland zur Verfügung. Die Beerdigung findet Dienstag Mittag 4 Uhr statt.

Schützenverein. Bei dem gestrigen Preisschießen errang Herr Schloßermeister Fritz Raup durch den besten Schuß, den von einem Mitglied gestifteten Ehrenpreis.

Deutsche Demokratische Partei
Heute Montag abend 8 Uhr
zwanglose Zusammenkunft unserer Mitglieder im Cafe Bechtle.
Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wilddad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Marmelade-Abgabe.
Auf Lebensmittelmarkte 29 wird abgegeben:
2 1/2 Pfund Marmelade
Liste-Schluß Dienstag Abend 6 Uhr.
Stadt-Lebensmittelamt.

Bündel-Holz
Morgen Dienstag nachmittags von 1-5 Uhr kommt in der städt. Öbrranlage dörres Bündelholz das Bündel zu 40 Pfg. zum Verkauf.
Stadt-Mehl- und Futtermittelabgabestelle.

Zahlungsaufforderung.
Die Steuer und sonstigen Abgaben bis 1. April 1918 sind in ihrem ganzen Betrag nach zur Zahlung fällig.
Die Steuerpflichtigen, welche mit der Entrichtung im Rückstand sind, werden hiermit an alsbaldige Vereinarbeitung ihrer Schuldscheine erinnert.
Wilddad, 17. Februar 1919. Stadtpflege.

Der Posten rein wollener
Woldecken
ist eingetroffen und kosten in
Größe 185/215 180/185 140/185 160/185 170/185
per Stück 33.75 28.25 22.— 25.20 26.70
und eignen sich diese Decken auch vorzüglich für
Kleider, Unterröcke und Mäntel.
Ph. Bosch, Wilddad
Telephon 39.

Wilddad, den 17. Februar 1919.

Danklagung.
Für erwiesene, herzliche Teilnahme beim Beimgang unserer lieben, unversehrlichen
Frau Marie Weber
sagt allen herzlichsten Dank.
Familie Adolf Blumenthal

Per sofort oder später wird ein jüngeres
Monatsmädchen
gesucht.
Frau Mina Aberle
Wilhelmstraße Nr. 108

Einen schwarzen
Rock samt Weste
hat zu verkaufen.
Wer sagt die Exped. [297]

Verloren.
ging von der Militärkuranstalt bis zur ev. Kirche eine
Kette mit Schlüssel
Abzugeben gegen Belohnung in der Exped. des Blattes. [234]

Noch günstige Einkaufsmöglichkeiten
Haarbürsten, prima Borsten, Mk. 12.50 bis Mk. 1.75,
Reiderbürsten, vorzügl. Ware, Mk. 14 bis Mk. 2.50,
Zahnbürsten, Mk. 2.55 bis Mk. 0.80,
Frisierkämmen, Mk. 12.— bis Mk. 3.—,
Moderne Aufsteckkämmen, Mk. 12 bis Mk. 2.20,
Handwaschbürsten, Mk. 5 bis Mk. 2,
Schwämme, Mk. 30 bis Mk. 0.80,
Bade-Mützen, Mk. 8.50 bis Mk. 4.50,
Haarpflege-Garnituren, Mk. 95.— bis Mk. 4.50
auch einzelne Instrumente,
K.V.-Seife und Pulver, Mk. 0.40,
100 gr. und 250 gr. 30 Pfg.,
Haarwaschpulver, noch gut schäumend 25 Pfg.,
Brennlampen, gut vernickelt, Mk. 5.50 bis Mk. 2,
Welleneisen, Mk. 3.50 bis 2.— Pfg.,
Haarwasser, Mk. 5 bis Mk. 3.50,
Puder, jede Farbe, Mk. 6.50 bis Mk. 0.80,
Haarentfernungspuder, Mk. 2.50 bis Mk. 1.50,
Parfüme, Mk. 14 bis Mk. 1.50,
Haaröle, Mk. 2 bis Mk. 1.80,
Mittel zur Haarpflege, Mk. 0.40 bis Mk. 9,
Chr. Schmid u. Sohn,
Parfümerie, Friseur-, Sport- u. Photographie,
neuer König-Karlstr., 68.